

**Peter Eisel**

**17.12.2019**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2020**

\* \* \* \* \*

**Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde**

**Ostbevern für das Jahr 2020**

- Es gilt das gesprochene Wort –



Begrüßung: BM, Rat, Presse, Bürger, MA der Verwaltung

Heureka!

Ziel gesteckt und erreicht: ein ausgeglichener Haushaltsentwurf für das Jahr 2020!

So könnte man einen Kern der Haushaltsrede des Bürgermeisters bei der Einbringung am 01.10. zusammenfassen.

Sogar ein kleiner Überschuss wurde prognostiziert.

Aber das war nicht alles:

1. Anerkennung des Klimawandels mit Klimanotstand
2. Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete
3. Keine Steuerhöhungen
4. Stabil bleibende Personalkosten
5. Hohe Investitionsausgaben

Zu 1. Umweltschutz – Klimawandel

Der Klimawandel wird anerkannt, ebenso der für Ostbevern (auf unseren Antrag hin) beschlossene Klimanotstand sowie die Pflicht des Einzelnen und der Gemeinde zum Handeln.

In den Bereichen Windkraft, Photovoltaik und Nahwärme ist in Ostbevern schon manches verwirklicht worden, aber wir müssen mehr anbieten als Großstädte, in denen naturgemäß die Anteile von Photovoltaik und vor allem Windenergie an der Energieversorgung geringer ist. Da reicht es auch nicht, darauf hinzuweisen, dass Ostbevern rein rechnerisch schon 240 % der verbrauchten Energie nachhaltig produziert.

Sogar eine Pflicht zum Bau von Photovoltaikanlagen in Neubaugebieten wird angesprochen, in der Rede aufgeführt – aber ohne entsprechende Konsequenz im Haushalt!

Die von uns beantragte Baumpflanzaktion zusammen mit „Plants for the Planet“ konnte schon im vergangenen Jahr nicht realisiert werden. Statt dessen ein Bürgerwald – Baumpflanzen im Kleinen, obwohl allgemein bekannt ist, dass gerade Bäume eine wesentliche Verbesserung der CO<sub>2</sub> – Bilanz bewirken!

In diesen Bereich Klimaschutz fällt für uns auch die Förderung des ÖPNV sowie der Radwege.

Zur Verbesserung des Radwegenetzes werden „Überlegungen“ angestellt. In den Produktplänen im Etatentwurf ist davon nichts zu merken.

Auch zu der Ankündigung für die Verbesserung des ÖPNV findet sich im Etat nur der barrierefreie Bahnhof (voraussichtlich ab 2023). Der On-Demand-Verkehr sowie die Entwicklung der dafür angekündigten Ostbevern – APP scheinen sich auch ohne Aufwand für die Gemeinde zu verwirklichen.

Unser einstimmig angenommene Antrag, die Busanbindung an den Bahnhof wegen der verbesserten Zuganbindung schnell zu verbessern, fehlt kostenmäßig im Etat. Oder geht das kostenneutral?

## Zu 2. Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebieten

Nun zum Stichwort Gewerbe. In der Haushaltsrede kommt dieses Wort 3 mal vor: 2 x wegen der guten Gewerbesteuern der vergangenen Jahre. Hier schließen wir uns gerne Ihrem Dank, Herr BM, für das Engagement der Gewerbetreibenden in Ostbevern an. Wir wissen genau, wie wichtig gut funktionierende Betriebe für die Gesamtgemeinde Ostbevern ist. Einmal kommt das Wort Gewerbegebiet vor: Die Realisierung des Gewerbegebietes West hätte schneller laufen können: stimmt.

Die Planung eines neuen Gewerbe- (bzw. nach Ihren Ansagen, Herr BM) sogar Industriegebiets findet in Ihrer Haushaltsrede keinen Niederschlag. Scheint wohl nicht haushaltsrelevant zu werden, oder? Zumindest findet sich keine Notiz dazu im Etat, außer natürlich im Leitbild der Gemeinde Ostbevern unter Punkt 5: „Dem Erhalt sowie dem Ausbau einer ausgewogenen und leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur (Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, Dienstleistung) kommt für die Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze entscheidende Bedeutung zu.“

Baugebiete in Ostbevern sind gerade in der Erschließungsphase, in Brock wird eines angedacht.

Aber:

Die Ausweisung neuer Baugebiete bedeuten Flächenverbrauch – und das nicht nur zum Wohnen. Notwendig werden neue Straßen, neue Geschäfte (??), neuer Kindergarten, neue Schule oder Vergrößerung der alten Schulen(??).

Gibt es in den Baugebieten wirklich ausreichend Wohnraum für Bürger, die nicht ein Eigenheim bauen wollen – oder können? Der Bedarf dazu ist nach den von Ihnen zitierten Studien, Herr BM, ebenfalls sehr groß. Der Anteil an Mietwohnungsbau, vor allem für sozial schwächere Bürger muss größer werden.

Weiter mit den Personalkosten:

Die Personalkosten bleiben 2020 auf dem Niveau des Jahres 2019. Das wird unter anderem dadurch erreicht, dass eine Stelle nicht wieder besetzt werden soll.

In einer der Ausschusssitzungen zum Etat ging es auch um unsere EDV. Dort wurde uns als Beispiel eine Kommune genannt, etwa doppelt so viele Einwohner wie Ostbevern, in der die Arbeit über EDV sehr viel weiter entwickelt ist als in Ostbevern. Das Vorgehen von dort könne allerdings in Ostbevern nicht einfach kopiert werden. Die dortige EDV – Abteilung bestehe schließlich aus 15 MA. Wie viele MA hat Ostbevern in der EDV: 1 fest Angestellten und 1 AZUBI, der Gott sei Dank nach der Ausbildung übernommen werden soll.

Selbst wenn man nicht will, dass die dortige Arbeitsweise kopiert wird, scheint es uns ein Missverhältnis in der MA – Anzahl zu geben.

Etliche Mal haben wir nach Nachfragen uns sagen lassen müssen, dass die MA im Augenblick ausgelastet seien, keine Zeit hätten, sich mit dem Problem zu beschäftigen.

Wohlgermerkt: das soll kein Vorwurf an die MA der Verwaltung sein. Wir sind sicher, dass die MA bis zum Anschlag arbeiten. In diesem Zusammenhang möchten wir uns bei den MA für ihre gesamte Arbeit, auch die Zusammenarbeit mit uns, bedanken. Alle Fragen von uns wurden zügig bearbeitet und beantwortet.

Es sollte aber überlegt werden, wie sinnvoll es ist, Aufgaben nicht oder nur später erledigen zu können, da alle MA – wie schon gesagt – bis zum Anschlag arbeiten. An den richtigen Stellen hilft der MA mehr, die Effektivität zu erhöhen und damit noch bürgerfreundlicher zu werden.

Die Gemeinde gibt viel Geld für Investitionen aus.

Den größten Anteil, der zurzeit ausbezahlt werden muss, hat dabei der Neubau des Rathauses, in dem wir gerade sitzen.

Aber es wird auch in 2020 investiert:

1,9 Mio. € sind geplant für das Feuerwehrgerätehaus in Brock

1,2 Mio. € für den Straßenbau im Gewerbegebiet West.

Für den Umbau der Kulturwerkstatt stehen 360 T € bereit, für den Ausbau der Beverhalle zur Versammlungsstätte 300 T €.

Hier möchten wir gerne unseren Dank auch an alle Engagierten in Vereinen und Organisationen aussprechen. Ohne dieses Engagement könnte eine Gemeinde Ostbevern in der so attraktiven Form, mit so vielen Möglichkeiten nicht existieren.

In 2020 werden für die Erschließung des Baugebiets Kohkamp III „nur noch“ 3,6 Mio € an Kosten fällig + 1,5 Mio. € Umlegungskosten.

Insgesamt wird dieses Baugebiet die Gemeinde Auszahlungen von über 20 Mio € gekostet haben. Für das Jahr 2020 hat der BM ca. 9,5 MIO € als Erlös von Grundstücksverkäufen als Einnahmen gegengerechnet – allerdings mit dem Zusatz: „falls es wie geplant läuft“.

Bei einer Gesamtbilanzsumme von 25 Mio. € ist eine Einnahmeerwartung von 9,4 Mio € aus unserer Sicht mehr als nur riskant.

Wie soll das alles finanziert werden?

Laut ersten von diesem BM vorgelegten Etatentwurf (für das Jahr 2015) lag die Höhe der Investitionskredite zum 31.12.2014 bei ca. 4,8 Mio. €, das bedeutet umgerechnet pro Einwohner 453 €. Für Ende dieses Jahres, das heißt 5 Jahre später, liegt die Höhe der Investitionskredite bei ca. 11.6 Mio. € - also mehr als doppelt so hoch wie vor 5 Jahren. Pro Einwohner bedeutet das eine Verschuldung in diesem Bereich von mehr als 1.057 €.

Dazu kommen kurzfristige Kassenkredite.

Ende 2014 ging der Etatentwurf 2015 von einem Bedarf von ca. 1 Mio. € aus.

Für Ende des kommenden Jahres – also 6 Jahre weiter - wird ein Bedarf von gut 12,1 Mio. € ausgegangen.

Das im Zusammenhang damit auch die zu zahlenden Zinsleistungen steigen – trotz der geringen Zinssätze – kann dann nicht mehr wundern.

Wer viel investiert, muss auch viel abschreiben. Die von der Gemeinde zu erwirtschaftende Abschreibungsbetrag soll im kommenden Jahr alleine bei ca. 2,8 Mio. € liegen.

Wenn wir viel über Ausgaben und Kredite reden, müssen wir natürlich auch über die Einnahmen sprechen.

Die Schlüsselzuweisungen für 2020 werden nach einer Verdopplung von 2018 auf 2019 um knapp 15 % sinken.

Die Steuereinnahmen aus einigen von uns zu bestimmenden Steuern (Grundsteuern A und B, Vergnügungs- und Hundesteuer) bleiben nahezu konstant.

Die Gewerbesteuer wird wie für das Jahr 2019 mit 6,2 Mio. € veranschlagt. Ob diese Summe – vor allem die „zu erwartenden“ Nachzahlungen – tatsächlich zu verwirklichen sein wird, ist aus unserer Sicht wieder sehr optimistisch – zu optimistisch. Zumal alle Wirtschaftsprognosen für die Bundesrepublik gesamt von sinkenden Umsätzen ausgehen.

Bei so vielen großen Zahlen fielen die kleinen Ausgaben kaum ins Gewicht:

Seit Monaten kann man von der Arbeit der Frauenhäuser in Kreis Warendorf in der Zeitung lesen, auch darüber, dass die bisherige finanzielle Ausstattung vorne und hinten nicht reicht.

Im März konnte sich die Mehrheit noch nicht zu einer zusätzlichen Förderung der Frauenhäuser durch Ostbevern durchringen. Jetzt konnte die Förderung durch die Gemeinde Ostbevern mit einer knappen Mehrheit um eine kleine Summe erhöht werden.

Seit langer Zeit wird in der Öffentlichkeit darüber geschimpft, dass Kinder und Jugendliche zu viel Zeit an den Computern verbringen, zu wenig in Büchern lesen. Der SPD – Antrag, eine kleine Summe den Grundschulen zusätzlich zum Ausbau ihrer Büchereien zur Verfügung zu stellen, wurde von der Mehrheit abgelehnt, da über die Schulpauschalen schon genug Möglichkeiten bestünden: Hauptsache: wir als Rat setzen keine Zeichen!

Viele Umweltaspekte sind angesprochen, wenige mit Aktionen hinterlegt, soziale Probleme finden zu wenig Berücksichtigung, eine zu optimistische Einnahmenschätzung bei der Gewerbesteuer, dasselbe bei den Grundstücksverkäufen, da können wir dem Etatentwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen.